



## GOUVERNEURSWAHLEN UND MACHTVERTIKALE RUSSLAND IN INTERNATIONALEN RANKINGS: HDI UND GCI

■ Analyse		
Die Abschaffung der Gouverneurswahlen. Grigorii V. Golosov, St. Petersburg		2
■ Tabellen zum Text		
Gouverneursernennungen, Februar 2004–15. September 2005		5
Die wirksamsten Lobbyisten aus den Regionen 2002–2005		6
Zuordnung der Föderationssubjekte zu den Föderalbezirken		8
■ Umfrage		
Zur Reform der Gouverneurswahlen und der Lage in den Regionen		9
■ Kommentar		
Der Präsident und die Gouverneure: „New Deal“? Julia Kusznir, Bremen		14
<hr/>		
■ Ranking		
Growth Competitiveness Index 2005 und 2004 im Vergleich		15
UNDP: Human Development Index 2005		17
<hr/>		
■ Chronik		
Vom 22. bis zum 29. September 2005		19

## Analyse

# Die Abschaffung der Gouverneurswahlen

Grigorii V. Golosov, St. Petersburg

## Zusammenfassung

Im September 2004 initiierte Präsident Putin eine politische Reform, mit deren Hilfe er angesichts terroristischer Bedrohung den Staat festigen und stärken wollte. Teil dieser Reform war die Abschaffung der Direktwahl der Leiter der regionalen Exekutivbehörden (der Gouverneure). An die Stelle der Direktwahl trat ein Verfahren, in dem der Präsident einen Kandidaten auswählt, den das jeweilige regionale Parlament dann bestätigt. Inzwischen sind 32 Gouverneure nach diesem Verfahren bestimmt worden. Im Ergebnis kam es tatsächlich zu einer „Festigung von Staatlichkeit“ – allerdings auf eine unerwartete Weise: Es wurden nicht neuen, effektiveren Gouverneure eingesetzt, sondern der Präsident stützte in der Mehrzahl der Fälle die in den Regionen entstandenen Machtstrukturen.

## Gouverneurswahlen 1991–2005

Seit längerer Zeit werden die Leiter der Exekutive der Föderationssubjekte der Russischen Föderation (die Gouverneure) direkt vom Volk gewählt. Erstmals geschah das im Jahre 1991. Die Republik Tatarstan hat dieses System eingeführt, und bis 2004 wurde es in den anderen 21 Republiken übernommen. In der Republik Dagestan allerdings fanden nie Direktwahlen für das Amt des Präsidenten statt. In den Städten Moskau und St. Petersburg wurden die Bürgermeister ebenfalls seit 1991 durch direkte Wahl bestimmt.

Die Wählbarkeit der Leiter der regionalen Administration wurde auch bereits 1991 in einem Föderalgesetz verankert. Allerdings gelang es Jelzin lange, die Umsetzung dieser Vorschrift zu blockieren, indem er „Moratorien“ für Regionalwahlen einführte und immer wieder verlängerte. In den meisten Regionen wurden die ersten Gouverneure daher von Jelzin ernannt. Im Frühjahr 1997 hatte man aber schließlich doch in allen Gebieten, Bezirken und Autonomen Bezirken Direktwahlen durchgeführt. Die Wählbarkeit der Leiter der regionalen Exekutive war also in einem Föderalgesetz verankert und hatte sich als eine Tradition des russischen politischen Lebens etabliert.

## Putins Reform der Gouverneurswahlen

Eben auf diese Tradition der Wählbarkeit der Leiter der regionalen Exekutive hat Putin wiederholt verwiesen, als er sich 2002–2003 offen für die Beibehaltung dieses Systems aussprach. Im Herbst 2004 änderte er dann allerdings seine Einstellung grundlegend. Den

Anlass zu dieser Korrektur lieferten die tragischen Ereignisse von Beslan. Auf der erweiterten Regierungssitzung am 13. September 2004 rief Putin angesichts der Gefahr durch den Terrorismus zur Festigung russischer Staatlichkeit auf. Eines der Instrumente war seiner Meinung nach die Abschaffung der Wählbarkeit der leitenden Amtspersonen in den Regionen. In der Duma wurde diese Initiative nicht nur von der pro-präsidentiellen Fraktion „Einiges Russland“ unterstützt, sondern auch von zwei der drei übrigen Fraktionen – LDPR und „Heimat“. Noch im Dezember

2004 verabschiedete die Duma die entsprechenden Gesetze. Die regionale Politik hielt sich mit direkter Kritik der Initiativen des Präsidenten zurück. Wie einige Beobachter vermerkten, war ein wichtiger Grund für diese Zurückhaltung der Umstand, dass

sich bei vielen regionalen Führern die dritte Amtszeit dem Ende zuneigte, und sie daher nicht mehr wiedergewählt werden konnten. Die neue Ordnung eröffnete ihnen die Möglichkeit, an der Macht zu bleiben. Natürlich spielte dabei auch das Gewicht Putins in der russischen Politik eine gewisse Rolle.

Die fehlende von Opposition von Seiten der regionalen Politik ermöglichte die problemlose Verabschiedung des Gesetzes im Föderationsrat. Am 15. Dezember 2004, nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten, trat das neue Gesetz in Kraft. Allerdings erstreckte es sich nicht auf die Regionen, in denen die Direktwahlen bereits beschlossen waren. Die letzten fanden am 23. Januar 2005 im Autonomen Bezirk der Nenzen statt.

Die *Föderationssubjekte* sind gewissermaßen die „Länder“ der Russischen Föderation. Insgesamt gibt es 89, nämlich 21 „Republiken“ (respubliki), sechs „Bezirke“ (krajaja), 49 „Gebiete“ (oblasti), zwei Städte föderaler Bedeutung (Moskau, St. Petersburg), ein „Autonomes Gebiet“ (awtonomnaja oblast) und zehn „Autonome Bezirke“ (awtonomnie okrug). Vgl. Russlandanalysen 56, S. 8ff. Gegenwärtig ist ein Prozess der Zusammenlegung von Föderationssubjekten im Gange. Die Chefs der jeweiligen Exekutiven führen unterschiedliche Titel. In den Republiken werden sie meist als Präsidenten bezeichnet, in den Gebieten und Bezirken als Gouverneure, es findet sich jedoch auch die Bezeichnung „Oberhaupt der Verwaltung“ u.ä. In den Städten werden sie „Mer“ („Maire“) bzw. Bürgermeister genannt.

## Das Gesetz

Die gesetzliche Basis der neuen Ordnung bildet das Föderalgesetz vom 11. Dezember 2004, Nr. 159-FZ. Das Gesetz schreibt ein ziemlich kompliziertes Verfahren für etwas vor, was als „Ausstattung der höchsten Amtspersonen der Subjekte der Russischen Föderation mit Vollmachten“ bezeichnet wird. Danach schlägt der Präsident der regionalen gesetzgebenden Versammlung einen Kandidaten für das Amt des Leiters der regionalen Exekutive vor. Der Vorschlag muss vom Regionalparlament innerhalb von 14 Tagen behandelt werden. Wenn die Kandidatur von der Versammlung gebilligt wird, dann tritt der Kandidat sein Amt an. Wenn nicht, dann muss der Präsident spätestens nach 7 Tagen entweder denselben Kandidaten noch einmal vorschlagen oder einen anderen Kandidaten benennen. Wenn die Versammlung den Kandidaten des Präsidenten ein zweites Mal ablehnt, (oder gar keine Entscheidung trifft), dann bestimmt der Präsident einen interimistischen Leiter der Exekutive und hält innerhalb eines Monats Konsultationen mit der gesetzgebenden Versammlung ab. Danach bringt der Präsident zum dritten Mal einen Vorschlag ein – denselben oder einen anderen Kandidaten. Wenn die gesetzgebende Versammlung auch dann keine positive Entscheidung trifft, dann wird sie durch Erlass des Präsidenten aufgelöst und es werden Neuwahlen angesetzt.

Wie man dieser Beschreibung entnehmen kann, versteckt sich in der Formulierung „Ausstattung mit Vollmachten“ eine Praxis, die sich in den Termini des Staatsrechts am besten als „Ernennung mit nachfolgender Bestätigung“ beschreiben lässt. Die Behauptung einiger Kommentatoren und Politiker – einschließlich Putins selbst –, dass bei der neuen Rechtsordnung die Wählbarkeit der Gouverneure beibehalten werde, entspricht keineswegs den Tatsachen. Laut dem russischen Wahlrecht erfordert das Wahlprinzip das Vorhandensein alternativer Kandidaturen. Im vorliegenden Fall wird der gesetzgebenden Versammlung aber stets nur ein Kandidat vorgestellt, dessen Ablehnung für das gesetzgebende Organ mit ziemlich folgenschweren Auswirkungen verbunden ist. Man kann noch weitergehen: selbst wenn die gesetzgebende Versammlung wirklich zwischen mehreren Kandidaturen auswählen könnte, könnte man die Situation als nicht vereinbar mit dem Beschluss des Verfassungsgerichts Nr. 2-P vom 18. Januar 1996 charakterisieren, wo festgestellt wird, dass ein solches Verfahren das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt. Tatsächlich kann die Verfassungsmäßigkeit dieser neu eingeführten Ordnung angezweifelt werden, allerdings gibt es in dieser Sache noch keine Entscheidung des Verfassungsgerichtes.

## Ausführungsvorschriften

Konkretisiert wurde die Neuordnung der Gouverneurnennung im Erlass des Präsidenten vom 27. Dezember 2004 Nr. 1603. Der Erlass bestimmt, dass die Präsidialbevollmächtigten in den Föderalbezirken dem Leiter der Präsidialadministration Personalvorschläge zuleiten, der sie seinerseits dem Präsidenten vorlegt. Es soll mindestens zwei Kandidatenempfehlungen geben, aus denen der Präsident den einen Kandidaten wählt, den er dann der gesetzgebenden Versammlung vorschlägt. Gleichzeitig eröffnet der Erlass den Gouverneuren die Möglichkeit, dem Präsidenten bereits vor Ablauf der Amtszeit die Vertrauensfrage zu stellen. Es ist klar, dass es für die Gouverneure ein starker Anreiz ist, noch vor Ablauf ihrer Amtszeit diese Vertrauensfrage zu stellen.

### Die alten „neuen“ Gouverneure

Und in der Tat nur in 10 der 32 Regionen, in denen die zwischen dem 4. Februar und dem 15. September 2005 Gouverneure ernannt wurden, geschah das nach Ablauf der Amtszeit. Der Gouverneur des Autonomen Bezirks der Korfjaken wurde abgesetzt, weil er das Vertrauen des Präsidenten nicht gerechtfertigt hatte, der Präsident von Nordossetien trat freiwillig zurück, und der Leiter der Administration des Altajer Bezirks kam ums Leben. Die übrigen 19 Ernennungsverfahren waren mit der Vertrauensfrage verbunden, wobei alle Gouverneure neu ernannt wurden. Einige erreichten das lange vor Ablauf ihrer Amtszeit. Einen Rekord stellte in dieser Hinsicht der Gouverneur des Kalugaer Gebiets, Anatolij Artamonow, auf, der – bis November 2009 gewählt – seine Amtszeit bereits im Juli 2005 verlängerte. Im Übrigen schlug der Präsident auch in den 10 Regionen, in denen die Amtszeiten der amtierenden Gouverneure ausliefen, nur in vieren die Kandidaturen anderer Personen vor. Somit wechselten seit der Einführung der neuen Ordnung insgesamt 7 von 32 Gouverneuren, das heißt 21, 9%. Interessant ist, dass in den 42 Regionen, in denen zwischen August 2003 und Februar 2005 Direktwahlen durchgeführt wurden, in 14 Fällen (33, 3%) die Leiter der Exekutive ausgewechselt wurden.

### Effizienz und Integrationsfähigkeit als Hauptkriterien

Damit drängt sich bei der Analyse des Prozesses der Ernennung der Gouverneure als erstes die Folgerung auf, dass die Reform die Stabilität der regionalen Exekutive wesentlich stärkt. Es gab keine Kadersäuberung. Es stellte sich heraus, dass alle jene Gouverneure das Vertrauen des Präsidenten besitzen, die die Fähigkeit bewiesen haben, ihre Regionen wenigstens mit minimaler Effizienz zu verwalten und dabei scharfe politische Konflikte mit einflussreichen regionalen

Eliten zu vermeiden. Scheinbar wichtige Kriterien, wie ideologische Neigungen, Popularität oder gar Loyalität gegenüber den politischen Vorgaben des Kremls, sind offenbar zweitrangig. So wurde z. B. der Gouverneur des Wladimirer Gebiets, Nikolaj Winogradow, trotz seiner Mitgliedschaft in der KPRF wieder ernannt; ebenso der Leiter der Administration des Autonomen Bezirks der Burjaten von Aginsk, Bair Schamsujew. Dieser hatte hartnäckig Widerstand gegen die Vereinigung seines Gebietes mit dem Gebiet Tschita geleistet, obwohl solche Vereinigungen ein vorrangiges Ziel der Regionalpolitik des Kremls darstellen. Der Präsident von Inguschetien, Murat Sjasikow, wurde trotz seiner offensichtlichen Unpopularität in der Region wieder ernannt.

Noch deutlicher ist das Ergebnis in solchen Fällen, in denen die amtierenden Gouverneure ihre Wiederernennung nicht erreichten. Nikolaj Starodubzew (Tulaer Gebiet), Gennadij Chodyrew (Nischnij Nowgoroder Gebiet) und Boris Goworin (Irkutsker Gebiet) unterschieden sich von den anderen Gouverneuren nur dadurch, dass sich keiner von ihnen als uneingeschränkter Führer der lokalen herrschenden Gruppierungen durchsetzen konnte. Der hoch betagte Starodubzew verlor gegen Ende seiner Amtszeit sogar die Kontrolle über die lokale Organisation der KPRF, deren Führer er lange Zeit gewesen war; Chodyrew, der mit der KPRF brach, die ihm zum Wahlerfolg verholfen hatte, blieb aus Sicht der „Partei der Macht“ ein Außenseiter; der konsequente Antikommunist Goworin schließlich zerstritt sich mit den einflussreichen örtlichen finanz-wirtschaftlichen Gruppierungen und brachte die Region an Rand eines scharfen politischen Konfliktes. Keiner von ihnen besaß eine stabile Mehrheit in einer regionalen gesetzgebenden Versammlung. Die einzige Ausnahme stellt der Gouverneur des Saratower Gebiets, Dmitrij Ajazkow, dar, der nie die Kontrolle über die Situation verlor. Doch auch in diesem Fall betrachtete der Kreml wohl den extremen Autoritarismus, die Korruption und den schlechten Ruf des Gouverneurs als Risiko, da sie zu ernststen Konflikte in der Region hätten führen können.

### „Festigung der Staatlichkeit“

Wie man sieht, wurde die „Festigung der Staatlichkeit“, die Putin als Hauptrechtfertigung der Reform deklariert hatte, wirklich erreicht, allerdings auf eine unerwartete Weise: nicht auf dem Weg der Suche nach neuen, effektiveren Verwaltern, sondern

auf dem Weg der Stabilisierung der in den Regionen entstandenen Machtstrukturen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es bei den Gouverneursernennungen in keinem Fall zu den möglichen drei Wahlgängen kam. Alle gesetzgebenden Versammlungen bestätigten die vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten in der ersten Abstimmung. In 19 Regionen wurden die Kandidaten einstimmig bestätigt, und nur in sieben fand sich mehr als ein „Dissident“. Es muss angemerkt werden, dass in der überwiegenden Mehrzahl der Regionen, in denen es zur Vorstellung von Gouverneurskandidaten kam, politische Parteien kaum in den Parlamenten vertreten waren, und dass die Versammlungen selbst unter strenger Kontrolle der Exekutivmacht standen. Es ist möglich, dass in den neuen gesetzgebenden Versammlungen, die nach den gemischten Wahlsystemen gewählt werden, der Grad des Widerstandes höher sein wird. Allerdings verfügen auch in diesen Versammlungen Parteien über die Mehrheit, die den amtierenden Gouverneuren gegenüber loyal sind.

Den soziologischen Erhebungen zufolge nahm ein wesentlicher Teil der Bevölkerung die Abschaffung der Wählbarkeit der Gouverneure praktisch nicht wahr. Das ist auch nicht verwunderlich: wie gezeigt, blieb in der Mehrzahl der Regionen alles wie früher. Mehr noch, einige Umfragen zeigen, dass der Anteil der Bürger, die die Reform bejahen, sich mit der Zeit erhöht. Aktive Kritiker der neuen Ordnung bleiben die oppositionellen Parteien: auf der einen Seite die KPRF, auf der anderen „Jabloko“ und insbesondere die Union der Rechten Kräfte. Sie betrieben in mehreren Dutzend Regionen die Bildung von Initiativgruppen, die die Rückkehr zur Wählbarkeit der Gouverneure per Referendum durchsetzen wollten. Infolge des Widerstandes der regionalen Wahlkommissionen und der gesetzgebenden Versammlungen hatte keine dieser Initiativen Erfolg. Ein Bürger aus Tjumen, Wladimir Grischkewitsch, versucht mit Unterstützung der Union der Rechten Kräfte, die Gesetzmäßigkeit der neuen Ordnung beim Verfassungsgericht prüfen zu lassen. Die Klage ist bisher nicht verhandelt, aber die Praxis der Behandlung solcher Anträge in den letzten Jahren und der Buchstabe der Verfassung, der keine bestimmte Ordnung der Wählbarkeit der Regionelhäupter festlegt, lassen zweifelhaft erscheinen, dass das Gericht dem Kläger entgegenkommen wird.

*Übersetzung: Alexander Roizen  
Redaktion: Hans-Henning Schröder*

#### *Über den Autor*

Grigorii V. Golosov ist Politologe und Professor an der „European University“ in St. Petersburg.

#### *Zum Hintergrund der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen:*

Andrew Konitzer: Voting for Russia's Governors: Regional Elections and Accountability under Yeltsin and Putin, Baltimore: The Johns Hopkins University Press 2005.

D. Dusseault, M.E. Hansen, S. Mikhailov: The significance of economy in the Russian bilateral treaty process, in: Communist and Post-Communist Studies, 38. 2005, Nr. 1, S. 121-130.

## Tabellen zum Text

## Gouverneursernennungen, Februar 2004–15. September 2005

Region	Ende der Amtszeit des gewählten Gouverneurs	Ernannter Gouverneur	Datum der Ab- stimmung im Re- gionalparlament <sup>1</sup>	Ergebnis der Abstimmung im Regionalparlament <sup>2</sup>	
				Pro	Contra
Bezirk Primorje	Juni 2005	Sergej Darkin	04. Februar 2005	35	1
Gebiet Tjumen	Januar 2006	Sergej Sobjanin	17. Februar 2005	24	1
Gebiet Wladimir	März 2005	Nikolaj Winogradow	18. Februar 2005	28	3
Gebiet Kursk	November 2005	Alexander Michajlow	22. Februar 2005	41	0
Gebiet Amur	April 2005	Leonid Korotkow	24. Februar 2005	21	7
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	März 2005	Alexander Filipenko	24. Februar 2005	25	0
Jüdisches Autonomes Gebiet	März 2005	Nikolaj Wolkow	25. Februar 2005	14	0
Autonomer Bezirk der Ewenken	April 2005	Boris Solotarjow	03. März 2005	23	0
Gebiet Saratow	März 2005	Pawel Ipatow	03. März 2005	35	0
Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	März 2005	Jurij Nejelow	11. März 2005	21	0
Republik Tatarstan	März 2006	Mintimer Schajmijew	25. März 2005	89	4
Gebiet Tula	April 2005	Wjatscheslaw Dudka	30. März 2005	38	0
Autonomer Bezirk der Korjaken	April 2008	Oleg Koshemjako	15. April 2005	12	0
Gebiet Tscheljabinsk	Dezember 2005	Pjotr Sumin	18. April 2005	42	0
Gebiet Kemerowo	Mai 2006	Aman Tulejew	20. April 2005	35	0
Gebiet Kostroma	Dezember 2005	Wiktor Scherschunow	21. April 2005	20	3
Gebiet Orjol	November 2006	Egor Strojew	23. April 2005	46	0
Gebiet Samara	Juli 2005	Konstantin Titow	26. April 2005	22	0
Gebiet Pensa	April 2007	Wasilij Botschkarjow	14. Mai 2005	42	1
Gebiet Lipetz	April 2006	Oleg Koroljow	28. Mai 2005	34	1
Republik Nordossetien	Januar 2006	Tajmuras Mamsurow	07. Juni 2005	62	0
Gebiet Rostow	November 2006	Wladimir Tschub	14. Juni 2005	40	1
Gebiet Orenburg	Dezember 2007	Aleksej Tschernyschew	15. Juni 2005	41	0
Republik Inguschetien	April 2006	Murat Sjasikow	15. Juni 2005	30	1
Gebiet Smolensk	Mai 2007	Wiktor Maslow	24. Juni 2005	43	0
Gebiet Tambow	Dezember 2008	Oleg Betin	13. Juli 2005	49	0
Gebiet Kaluga	November 2009	Anatolij Artamonow	26. Juli 2005	33	3
Gebiet Nischni Nowgorod	August 2005	Waleri Schanzew	08. August 2005	36	0
Bezirk Altai	März 2008	Alexander Karlin	25. August 2005	57	0
Gebiet Irkutsk	August 2005	Alexander Tischanin	26. August 2005	42	2
Republik Tschuwaschien	Dezember 2005	Nikolaj Fjodorow	29. August 2005	66	2
Autonomer Bezirk der Burjaten von Aginsk	Oktober 2005	Bair Shamsuew	15. September 2005	14	0

Anmerkung:

1. Blau markiert: Gewählte Gouverneure, die wieder ernannt wurden.

2. Nach Angaben der Nachrichtenagenturen. Im Falle abweichender Meldungen wurden die am häufigsten genannten Daten übernommen.

Keine Angaben über Enthaltungen und Nichtteilnahme.

## Die wirksamsten Lobbyisten aus den Regionen 2002–2005

2005		2004		2003		2002	
<b>Sehr starker Einfluss</b>							
1	Schajmijew M.Sch. (Republik Tatarstan)	1	Matwijenko, W.I. (St. Petersburg)	1	Lushkow, Ju.M. (Moskau)	1	Abramowitsch, R.A. (Autonomer Bezirk der Tschuktschen)
2	Lushkow, Ju.M. (Moskau)	2	Lushkow, Ju.M. (Moskau)	2–3	Abramowitsch, R.A. (Autonomer Bezirk der Tschuktschen)	2	Lushkow, Ju.M. (Moskau)
3	Matwijenko, W.I. (St. Petersburg)	3	Schajmijew, M.Sch. (Republik Tatarstan)	2–3	Schajmijew, M.Sch. (Republik Tatarstan)	3	Schajmijew, M.Sch. (Republik Tatarstan)
4	Lisizyn, A.I. (Gebiet Jaroslawl)	4	Lisizyn, A.I. (Gebiet Jaroslawl)	4	Dsasochow, A.S. (Republik Nordossetien)	4	Dsasochow, A.S. (Republik Nordossetien)
5	Abramowitsch, R.A. (Autonomer Bezirk der Tschuktschen)	5	Abramowitsch, R.A. (Autonomer Bezirk der Tschuktschen)			5	Tulejew, A.M. (Gebiet Kemerowo)
<b>Starker Einfluss</b>							
6	Tkatschow, A.N. (Bezirk Krasnodar)	6	Tulejew, A.M. (Gebiet Kemerowo)	5	Lisizyn, A.I. (Gebiet Jaroslawl)	6	Lisizyn, A.I. (Gebiet Jaroslawl)
7	Tulejew, A.M. (Gebiet Kemerowo)	7	Dsasochow, A.S. (Republik Nordossetien)	6–7	Tulejew, A.M. (Gebiet Kemerowo)	7	Strojew, E.S. (Gebiet Orjol)
8	Serdjukow, W.P. (Leningrader Gebiet)	8	Rachimow, M.G. (Republik Baschkortostan)	6–7	Rossel, E.E. (Gebiet Swerdlowsk)	8	Jakowlew, W.A. (St. Petersburg)
9	Rossel, E.E. (Gebiet Swerdlowsk)	9–10	Posgaljow, W.E. (Gebiet Wologda)	8	Strojew, E.S. (Gebiet Orjol)	9–10	Prusak, M.M. (Gebiet Nowgorod)
10–11	Rachimow, M.G. (Republik Baschkortostan)	9–10	Tkatschow, A.N. (Bezirk Krasnodar)	9	Prusak, M.M. (Gebiet Nowgorod)	9–10	Ajzskow, D.F. (Gebiet Saratow)
10–11	Posgaljow, W.E. (Gebiet Wologda)	11	Rossel, E.E. (Gebiet Swerdlowsk)	10	Ajzskow, D.F. (Gebiet Saratow)	11	Rachimow, M.G. (Republik Baschkortostan)
		12	Prusak, M.M. (Gebiet Nowgorod)	11	Kadyrow, A.Ch. (Republik Tschetschenien)	12	Rossel, E.E. (Gebiet Swerdlowsk)
				12	Chloponin, A.G. (Bezirk Krasnojarsk)	13	Titow, K.A. (Gebiet Samara)
				13	Posgaljow, W.E. (Gebiet Wologda)		
<b>Mittlerer Einfluss</b>							
12	Chloponin, A.G. (Bezirk Krasnojarsk)	13	Gromow, B.W. (Gebiet Moskau)	14	Magomedow, M.M. (Republik Dagestan)	14–15	Kress, W.M. (Gebiet Tomsk)
13–14	Prusak, M.M. (Gebiet Nowgorod)	14	Magomedow, M.M. (Republik Dagestan)	15–16	Kokow, W.M. (Republik Kabardino- Balkarien)	14–15	Farchutdinow, I.P. (Gebiet Sachalin)
13–14	Gromow, B.W. (Gebiet Moskau)	15–16	Chloponin, A.G. (Bezirk Krasnojarsk)	15–16	Gromow, B.W. (Gebiet Moskau)	16	Kokow, W.M. (Republik Kabardino- Balkarien)

**Die wirksamsten Lobbyisten aus den Regionen 2002–2005 (Fortsetzung)**

2005		2004		2003		2002	
<i>Mittlerer Einfluss (Fortsetzung)</i>							
15	Darkin, S.M. (Bezirk Primorje)	15–16	Kokow, W.M. (Republik Kabardino-Balkarien)	17	Ischajew, W.I. (Bezirk Chabarowsk)	17	Posgaljow, W.E. (Gebiet Wologda)
16	Strojew, E.S. (Gebiet Orjol)	17	Schamanow, W.A. (Gebiet Uljanowsk)	18–19	Titow, K.A. (Gebiet Samara)	18	Gromow, B.W. (Gebiet Moskau)
17–18	Sobjanin, S.S. (Gebiet Tjumen)	18	Sjasikow, M.M. (Republik Inguschetien)	18–19	Lapschin, M.I. (Republik Altaj)	19	Sobjanin, S.S. (Gebiet Tjumen)
17–18	Alchanow, A.D. (Republik Tschetschenien)	19	Serdjukow, W.P. (Leningrader Gebiet)	20	Schtyrow, W.A. (Republik Sacha (Jakutien))	20	Chloponin, A.G. (Autonomer Bezirk Tajmyr)
19	Sjasikow, M.M. (Republik Inguschetien)	20	Strojew, E.S. (Gebiet Orjol)	21	Tolokonskij, W.A. (Gebiet Nowosibirsk)	21	Magomedow, M.M. (Republik Dagestan)
20	Titow, K.A. (Gebiet Samara)	21–22	Titow, K.A. (Gebiet Samara)	22–23	Sobjanin, S.S. (Gebiet Tjumen)	22–23	Kadyrow, A.Ch. (Republik Tschetschenien)
21–22	Schtyrow, W.A. (Republika Sacha)	21–22	Schtyrow, W.A. (Republika Sacha-Jakutija)	22–23	Serdjukow, W.P. (Leningrader Gebiet)	22–23	Ischajew, W.I. (Bezirk Chabarowsk)
21–22	Schanzew, W.P. (Gebiet Nischni Nowgorod)	23	Filipenko, A.W. (Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen)	24	Rachimow, M.G. (Republik Baschkortostan)	24	Lapschin, M.I. (Republik Altaj)
23	Magomedow, M.M. (Republik Dagestan)	24	Sobjanin, S.S. (Gebiet Tjumen)	25	Darkin, S.M. (Bezirk Primorje)	25	Jegorow, W.G. (Gebiet Kaliningrad)
24–25	Selenin, D.W. (Gebiet Twer)	25	Ajzkow, D.F. (Gebiet Saratow)				
24–25	Nejelow, Ju.W. (Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen)						

Quelle: S. Turanow: *Lutschschie lobbisty Rossii – awgust 2005 goda*, in: *Nesawisimaja Gaseta*, 28.09.2005 <http://www.ng.ru/ideas/2005-09-28/7lobbisty.html> 28. September 2005; S. Turanow: *Lutschschie lobbisty Rossii – awgust 2004 goda*, in: *Nesawisimaja Gaseta*, 4.09.2004 [http://ng.ru/ideas/2004-09-24/10\\_lobby.html](http://ng.ru/ideas/2004-09-24/10_lobby.html) 24. September 2004; S. Turanow: *Lutschschie lobbisty Rossii – awgust 2003 goda*, in: *Nesawisimaja Gaseta*, 24.09.2003 <http://ng.ru/ideas/2003-09-24/7lobby.html> 24. September 2003; S. Turanow: *Lutschschie lobbisty Rossii – awgust 2005 goda*, in: *Nesawisimaja Gaseta*, 25.09.2002 [http://ng.ru/ideas/2002-09-25/7\\_lobbi.html](http://ng.ru/ideas/2002-09-25/7_lobbi.html)

## Zuordnung der Föderationssubjekte zu den Föderalbezirken

Föderalbezirk Nordwest	Zentraler Föderalbezirk	Südlicher Föderalbezirk
Republik Karelien	Gebiet Belgorod	Republik Adygeja
Republik Komi	Gebiet Brjansk	Republik Dagestan
Gebiet Archangelsk	Gebiet Wladimir	Republik Inguschetien
Gebiet Wologda	Gebiet Woronesch	Republik Kabardino-Balkarien
Gebiet Kaliningrad	Gebiet Iwanowo	Republik Kalmykien
Gebiet Leningrad	Gebiet Kaluga	Republik Karatschajewo-Tscherkessien
Gebiet Murmansk	Gebiet Kostroma	Republik Nordossetien
Gebiet Nowgorod	Gebiet Kursk	Republik Tschetschenien
Gebiet Pskow	Gebiet Lipetz	Bezirk Krasnodar
Stadt Sankt Petersburg	Gebiet Moskau	Bezirk Stawropol
Autonomer Bezirk der Nenzen	Gebiet Orjol	Gebiet Astrachan
	Gebiet Rjasan	Gebiet Wolgograd
	Gebiet Smolensk	
	Gebiet Twer	
	Gebiet Tula	
	Gebiet Jaroslawl	
	Stadt Moskau	

Föderalbezirk Wolga	Föderalbezirk Ural	Sibirischer Föderalbezirk
Republik Baschkortostan	Gebiet Kurgan	Republik Altai
Republik Mari El	Gebiet Swerdlowsk	Republik Burjatien
Republik Mordwinien	Gebiet Tjumen	Republik Tuwa
Republik Tatarstan	Gebiet Tscheljabinsk	Republik Chakassien
Republik Udmurtien	Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	Bezirk Altai
Republik Tschuwaschien	Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	Bezirk Krasnojarsk
Gebiet Kirow		Gebiet Irkutsk
Gebiet Nischni Nowgorod		Gebiet Kemerowo
Gebiet Orenburg		Gebiet Nowosibirsk
Gebiet Pensa		Gebiet Omsk
Gebiet Perm		Gebiet Tomsk
Gebiet Samara		Gebiet Tschita
Gebiet Saratow		Autonomer Bezirk der Burjaten von Aginsk
Gebiet Uljanowsk		Autonomer Bezirk der Dolganen und Nenzen von Taimyr
Autonomer Bezirk der Komi-Permjaken		Autonomer Bezirk der Burjaten von Ust-Ordinsk
		Autonomer Bezirk der Ewenken

Föderalbezirk Fernost
Republik Sacha (Jakutien)
Bezirk Primorje
Bezirk Chabarowsk
Gebiet Amur
Gebiet Kamtschatka
Gebiet Magadan
Gebiet Sachalin
Jüdisches Autonomes Gebiet
Autonomer Bezirk der Korjaken
Autonomer Bezirk der Tschuktschen

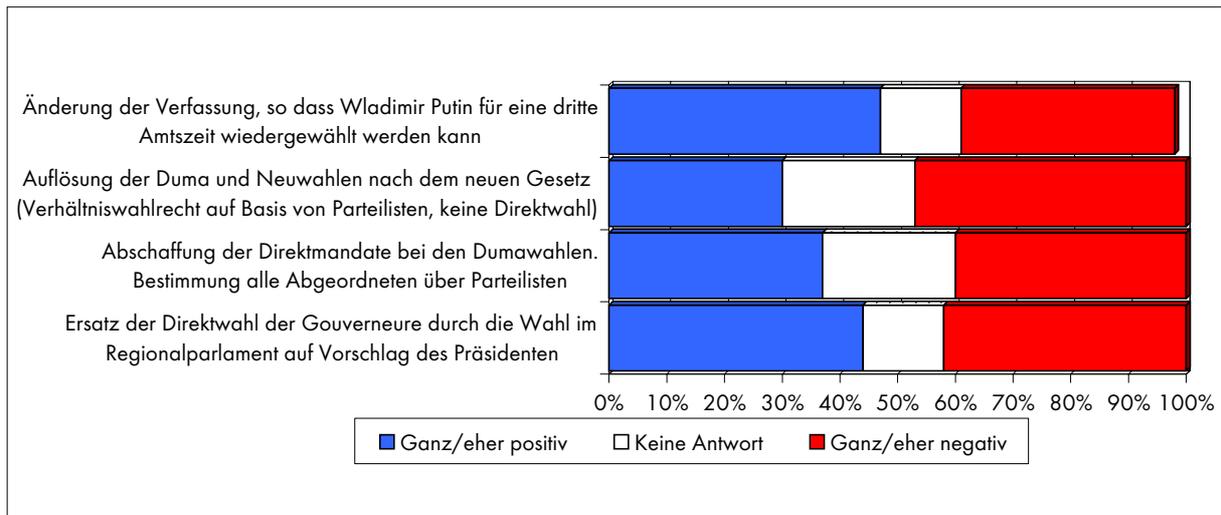
Quelle: *Sobranie zakonodatelstva Rossijskoj Federazii, 2000, Nr. 20 st. 2112, S. 4323 (Stand 2000).*

**Umfrage**

## Zur Reform der Gouverneurswahlen und der Lage in den Regionen

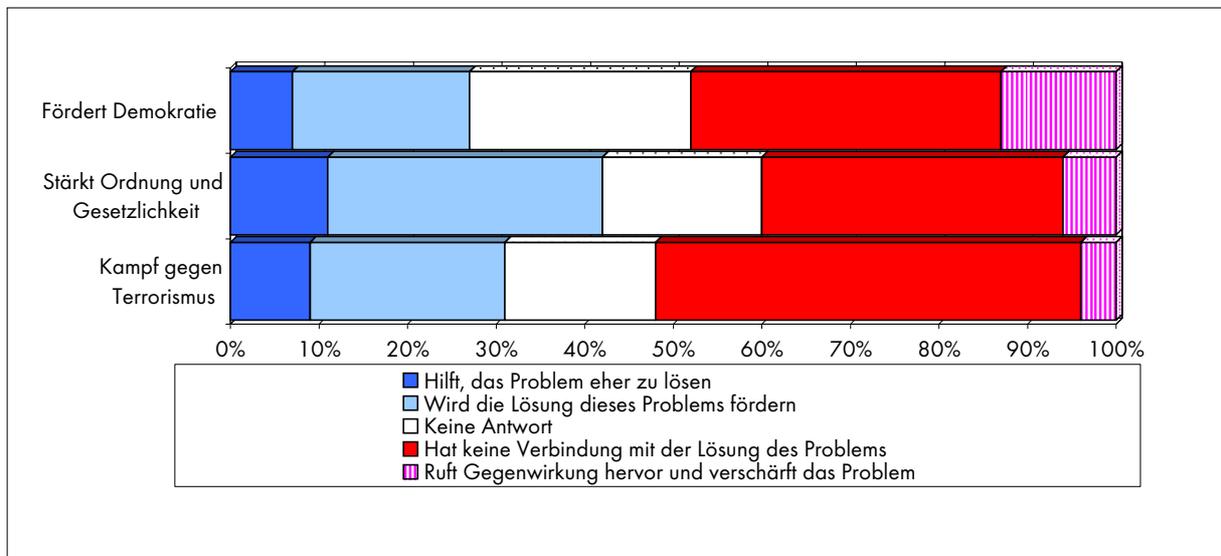
2004: Skepsis gegenüber der Neuordnung der Gouverneurswahlen

Wie stehen Sie zu folgenden Vorschlägen? (Lewada 2004)



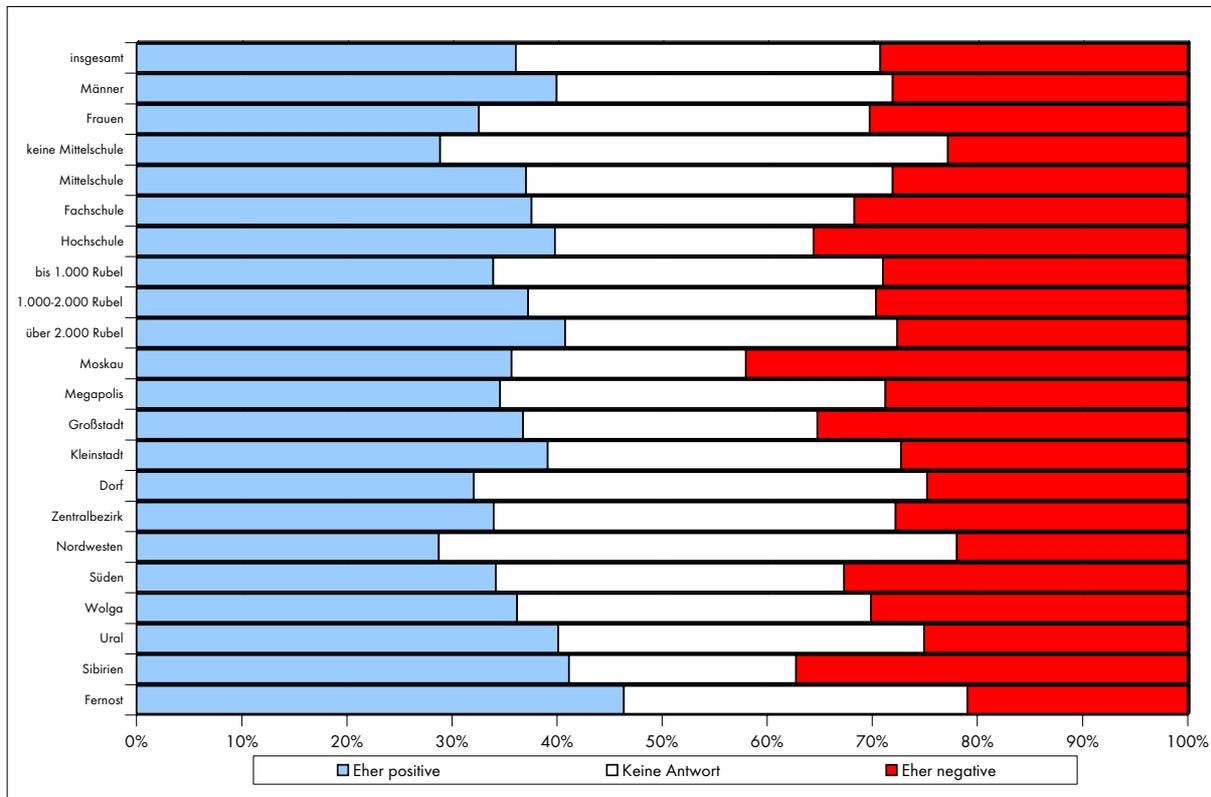
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom September 2004 <http://www.levada.ru./press/2004092902.html>

Was bewirkt die Reform der Gouverneurswahlen und der Dumawahlen? (Lewada 2004)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom September 2004 <http://www.levada.ru./press/2004092902.html>

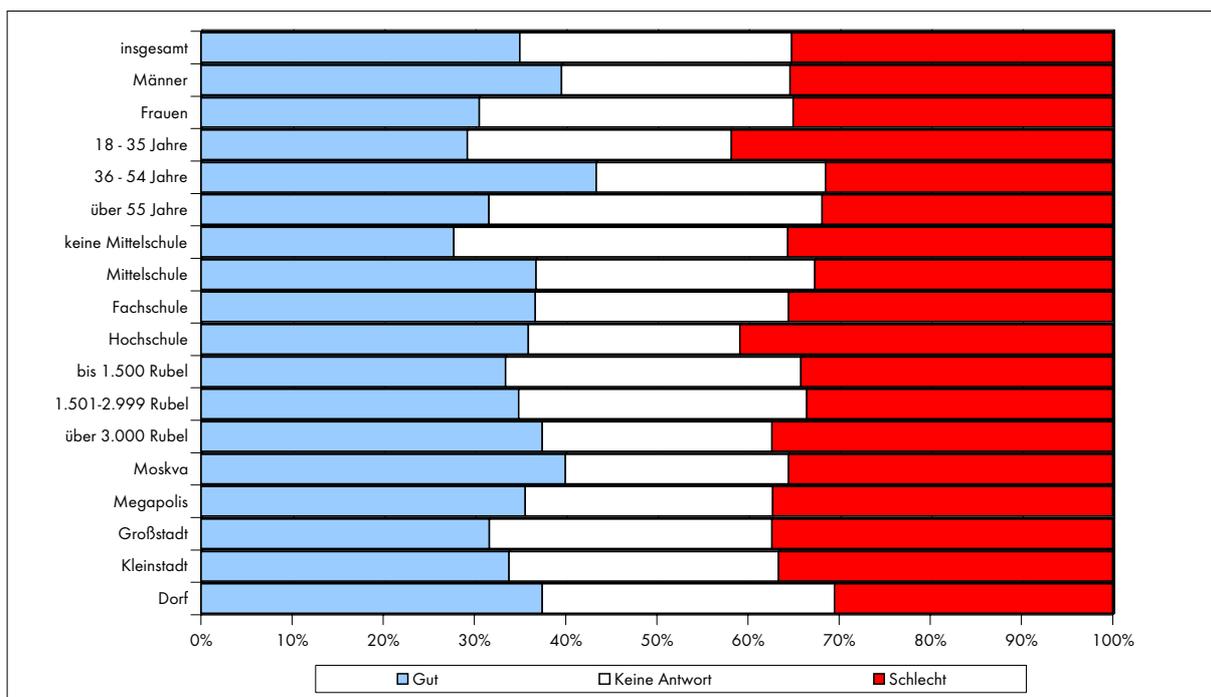
### Wenn die Gouverneure nicht von den Bürgern gewählt werden, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von den Regionalparlamenten, hat das positive oder negative Folgen?



Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 4.-5. Juli 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0449.zip>

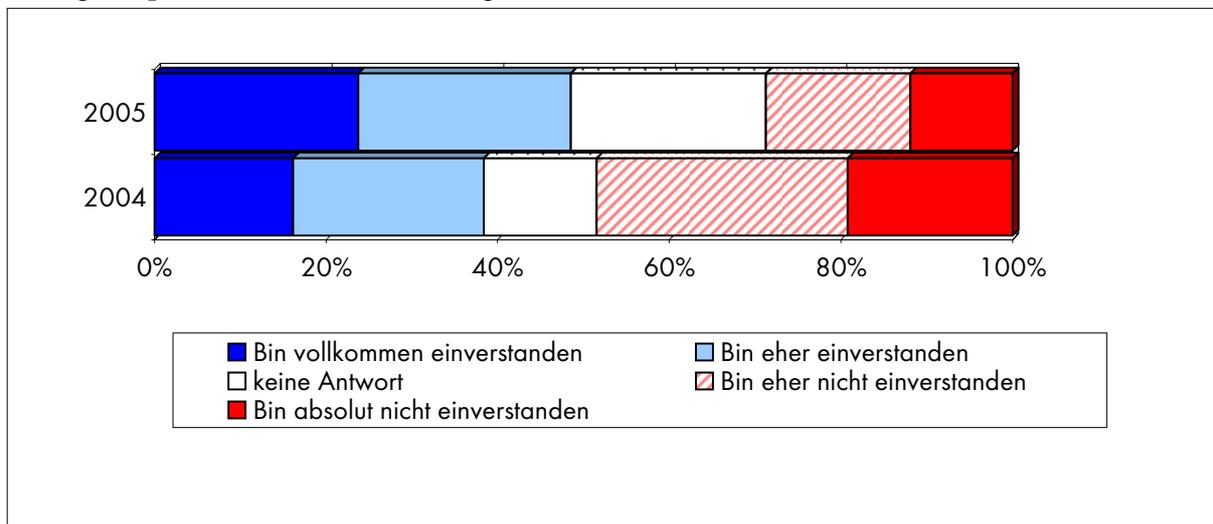
### Die Bewertung der Reform im Jahre 2005

Wie finden Sie es, dass die Gouverneure nicht direkt von den Bürgern, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von den Regionalparlamenten gewählt werden? (FOM, Juni 2005)



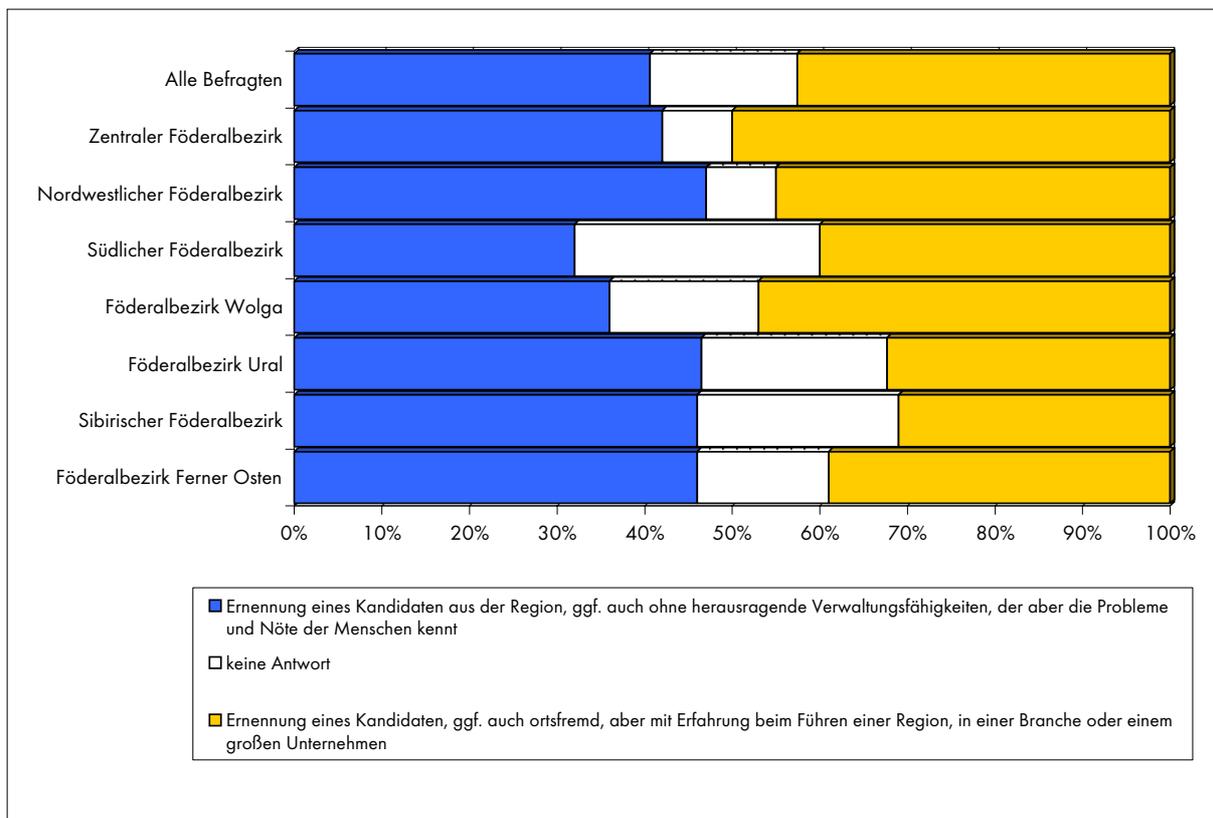
Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 30.-31. Juli 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0531.zip>

War es zur Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit nötig, die Wahl der Gouverneure durch eine Wahl im Regionalparlament über den Vorschlag des Präsidenten zu ersetzen? (VCIOM 2005)



Quelle: Umfragen des VCIOM, September 2005 <http://wciom.ru/?pt=9&article=1683>

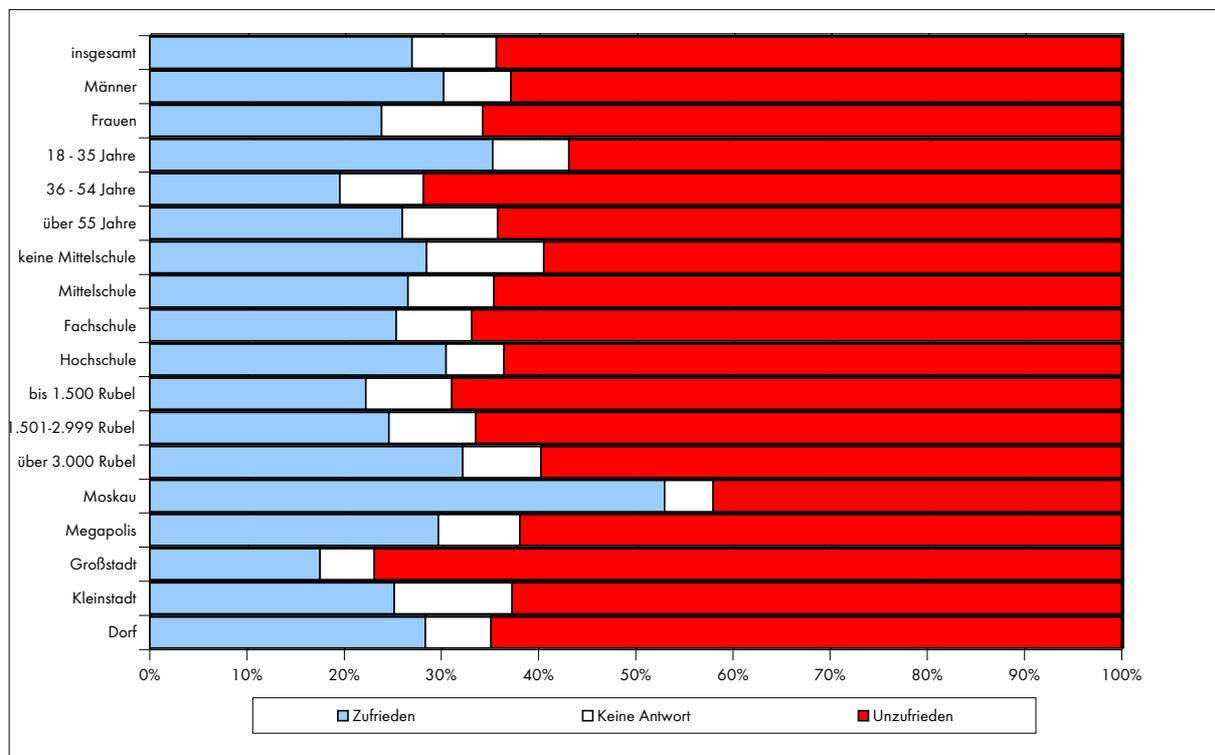
Was für eine Ernennung würden Sie am ehesten unterstützen? (VCIOM 2005)



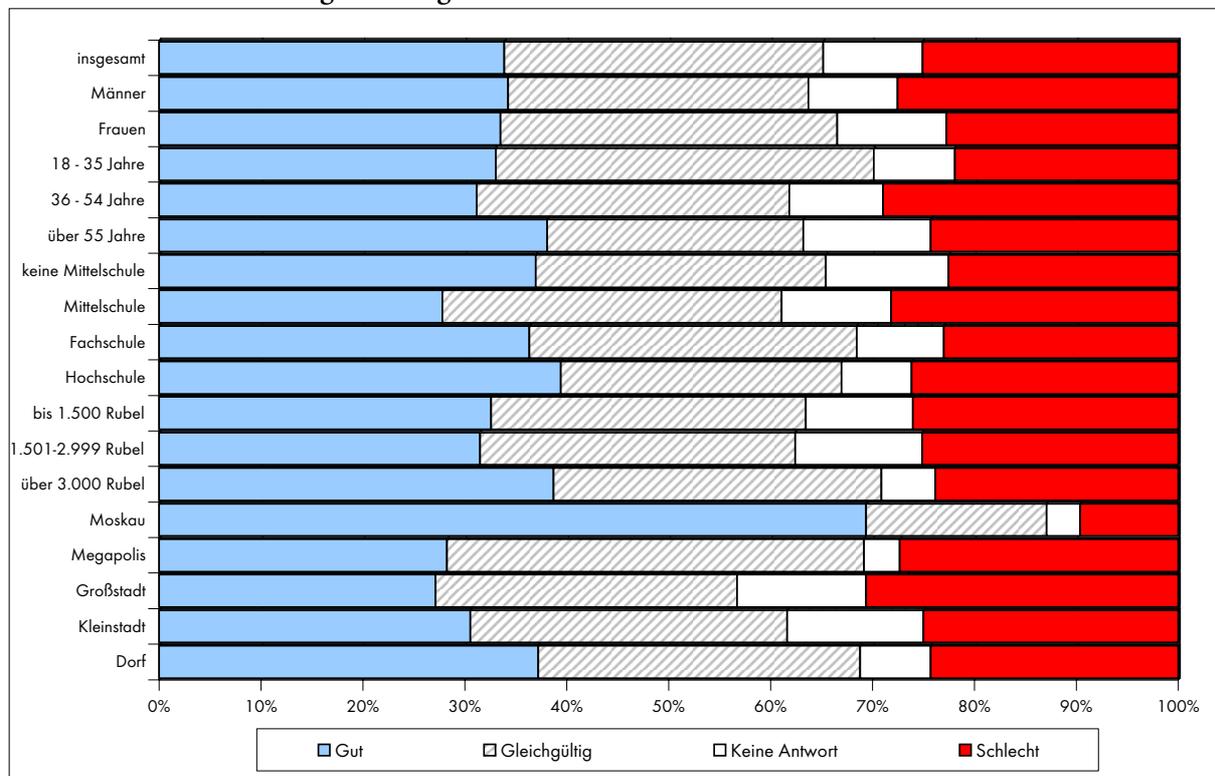
Quelle: Umfragen des VCIOM, September 2005 <http://wciom.ru/?pt=9&article=1683>

## Die Lage in der Region

Sind Sie mit der Lage in Ihrer Region zufrieden?



Wie stehen Sie zur Führung Ihrer Region?



Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 11.-12. Juni 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0524.zip>

**Benennen Sie bitte die Hauptprobleme Ihrer Region, die Sie beunruhigen, und Ihre Lebensqualität beeinträchtigen (FOM, Juli 2005)**

	Russland insgesamt		Geschlecht				Lebensalter				Prokopfeinkommen				Wohnorttyp			
	Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	bis 1.500 Rubel	1.501-2.999 Rubel	über 3.000 Rubel	Moskau	Mega-polis	Groß-stadt	Klein-stadt	Dorf					
Hohe Preise für Wohnung und kommunale Dienstleistungen	40,1%	49,4%	39,0%	44,8%	53,1%	41,8%	51,9%	44,1%	33,0%	45,3%	56,3%	47,2%	35,9%					
Alkoholismus	35,5%	45,4%	46,3%	36,5%	38,1%	43,3%	41,4%	39,5%	35,9%	38,9%	40,9%	38,7%	45,8%					
Preiswachstum, Inflation	32,4%	34,8%	27,6%	33,5%	42,0%	31,9%	38,2%	31,7%	34,9%	35,8%	28,4%	33,2%	36,6%					
Kein Geld für Lebensmittel und andere Waren	22,9%	34,7%	21,7%	30,4%	37,1%	39,8%	37,3%	16,1%	19,5%	19,4%	26,5%	30,7%	35,8%					
Drogensucht	29,6%	28,0%	36,7%	27,4%	19,6%	26,8%	27,6%	32,5%	30,5%	41,2%	32,2%	26,9%	22,2%					
Bürokratie, Beamtenwillkür	35,0%	21,4%	26,9%	31,7%	24,8%	27,8%	22,4%	34,2%	39,7%	32,7%	28,6%	28,0%	21,7%					
Hohe Preise für ärztliche Versorgung und Arzneien	23,5%	29,8%	17,1%	24,0%	43,7%	28,2%	36,2%	21,4%	21,8%	27,5%	24,2%	28,5%	27,0%					
Unmöglichkeit, eine gute Arbeit zu finden	26,2%	25,2%	35,2%	27,8%	9,9%	35,8%	18,0%	23,6%	14,7%	20,9%	25,3%	28,0%	28,2%					
Zu wenig Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit	20,3%	19,3%	21,3%	22,5%	14,1%	23,9%	20,1%	11,5%	6,4%	10,2%	20,8%	18,2%	30,8%					
Korruption der regionalen Exekutive und Rechtsorgane	24,4%	14,3%	20,2%	21,7%	14,6%	14,3%	18,3%	24,2%	34,3%	28,5%	25,9%	17,2%	7,9%					
Zu wenig, zu teurer Wohnraum	17,2%	18,8%	24,2%	16,7%	11,3%	15,4%	15,3%	23,2%	22,4%	16,0%	24,2%	18,3%	12,9%					
Verbrechen, Kriminalität	16,0%	19,7%	19,1%	16,0%	18,8%	10,7%	17,4%	22,1%	29,0%	26,3%	17,3%	16,6%	12,7%					
Schlechte Wege, Wegelosigkeit	22,6%	11,1%	21,1%	16,1%	11,4%	15,3%	15,3%	19,1%	11,2%	14,0%	18,3%	19,0%	15,0%					
Schlechte soziale Sicherungen	15,0%	17,5%	12,6%	17,6%	19,4%	13,1%	16,4%	18,7%	18,2%	17,9%	21,6%	15,1%	12,8%					
Kein Bildungszugang, hohe Bildungskosten	14,8%	17,0%	19,2%	18,7%	7,8%	19,3%	13,9%	18,9%	11,7%	18,8%	20,3%	13,7%	16,0%					
Niedrige Qualität der ärztlichen Versorgung	11,5%	15,3%	11,6%	13,4%	16,2%	11,3%	11,5%	18,3%	22,1%	16,8%	7,6%	14,0%	12,7%					
Schlechte Arbeit der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	10,5%	12,4%	9,7%	11,4%	14,1%	8,2%	11,7%	14,6%	9,9%	17,8%	12,8%	12,5%	6,0%					
Umweltprobleme	8,1%	9,7%	11,5%	9,5%	4,6%	8,5%	3,4%	13,3%	15,7%	8,9%	5,7%	11,0%	6,0%					
Niedergang/Stagnation in der regionalen Wirtschaft	9,4%	6,7%	6,7%	10,3%	6,7%	6,3%	9,5%	6,2%	8,8%	8,5%	8,3%	7,3%	8,2%					
Zahlungsrückstände bei Löhnen, Renten und Sozialleistungen	8,0%	7,4%	11,7%	7,7%	2,2%	12,4%	6,1%	6,3%	5,4%	5,5%	8,6%	6,5%	10,9%					
Probleme mit Migranten	4,5%	2,0%	4,1%	3,7%	1,4%	4,4%	1,6%	3,4%	16,1%	2,0%	2,2%	1,3%	3,8%					
Schlechte Arbeit des öffentlichen Verkehrswesens	1,7%	3,5%	2,4%	2,6%	2,9%	2,9%	2,2%	2,7%	2,3%	1,3%	2,4%	2,1%	4,5%					

 Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 30.-31. Juli 2005 <http://bd.fom.ru/zip/tb0531.zip>

## Kommentar

### Der Präsident und die Gouverneure: „New Deal“?

Julia Kusznir, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 2. Juli 2005 hielt Präsident Putin in Kaliningrad eine Sitzung des Staatsrats ab, auf der er einen „neuen Kurs“ in der Politik gegenüber den Regionen proklamierte. Seit 2000 waren die Zuständigkeitsbereiche der Gouverneure Schritt für Schritt beschnitten worden. Das Zentrum hatte immer mehr Kompetenzen an sich gezogen. Jetzt leitete der Präsident eine radikale Wende im Verhältnis zu den Regionen ein.

Die Verantwortlichkeiten zwischen dem föderalen Zentrum und den regionalen Administrationen werden neu verteilt und damit wieder ins Gleichgewicht gebracht. Die Grundlagen dafür formulierte der Präsidialerlass „Fragen der Zusammenarbeit und der Koordinierung der Tätigkeit der regionalen Exekutivorgane der RF mit den territorialen föderalen Exekutivorganen“, der am Vortag des Treffens in Kaliningrad unterzeichnet wurde.

Die Wiederherstellung des politischen Gleichgewichts erfolgt unter der Überschrift „Erhöhung der Rolle der Subjekte bei der Lösung der perspektivischen Aufgaben der sozial-wirtschaftlichen Entwicklung Russlands“. Die regionale Exekutive soll mehr Verantwortung übernehmen und mehr Einfluss ausüben. Zwei zentrale Aufgaben stehen im Vordergrund: erstens, die Schaffung eines transparenten Finanzierungssystems und, zweitens, eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und der Verantwortung von regionalen und föderalen Behörden bei der Erhöhung der Lebensqualität in der Region.

Um dies zu verwirklichen, versprach der Präsident den Gouverneuren innerhalb der nächsten Monate 80% der Zuständigkeiten zurückzugeben, die sie seit 2000 verloren hatten. Zugleich gestand er den Gouverneuren zu, die Durchführung der laufenden Verwaltungsreform bis zum Jahre 2008 auszusetzen. Ferner schlug der Präsident die Bildung einer „erweiterten föderalen Regierung“ vor, in die alle Gouverneure aktiv einbezogen werden sollen. Die Vorbereitung der entsprechenden Richtlinien soll Premierminister Fradkow übernehmen.

Der politische Preis, den die Gouverneure zahlen müssen, ist allerdings hoch. Von nun an sind sie für den gesamten Bereich der sozialen Reform zuständig. In den ersten Monaten des Jahres 2005, als allein das Zentrum für diese Fragen zuständig war, hatte die Politik des Sozialabbaus („Monetarisierung“) die Reformen in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft massive Proteste in der russischen Bevölkerung ausgelöst.

Die Proteste waren nicht nur Folge der groben handwerklichen Fehler, die der Kreml gemacht hatte, sondern vor allem auch Ergebnis der Entmündigung der Regionen, die in der gegebenen Situation kein

Interesse mehr hatten, der Reform, mit der der Kreml sich übernommen hatte, zum Erfolg zu verhelfen.

Putins Neuordnung der Zuständigkeiten zeigt die Absicht des Kreml, den Gouverneuren durch Übertragung erweiterter Kompetenzen die Hauptverantwortung für die soziale und wirtschaftliche Situation in den Regionen zuzuschieben. Insgesamt gehen 129 Aufgabenbereiche in die Zuständigkeit der Gouverneure über. U.a. geht es dabei um die Stellenbesetzung in den territorialen Organen föderaler Behörden, wie z.B. des Innenministeriums, des Ministeriums für Katastrophenschutz und des Justizministeriums. Die Gouverneure können nun unerwünschte Kandidaten für diese Posten ablehnen. Das bezieht sich allerdings nicht auf die territorialen Vertreter des Föderalen Sicherheitsdienstes und des Verteidigungsministeriums. Die Regionen sind jetzt auch wieder zuständig für die Bereiche Forstwirtschaft, Umweltschutz, Denkmalschutz sowie Veterinärdienst, Personalstandsmeldungen und den Sekundärschulbereich.

Interessant ist im Zusammenhang mit der Neuverteilung von Kompetenzen, dass Putin vorgeschlagen hat, das staatliche Alkoholmonopol wieder einzuführen. In mehreren Regionen hatten sich die Gouverneure die Kontrolle über die Alkoholherstellung angeeignet, nicht selten auch mit Beteiligung des organisierten Verbrechens. Man geht davon aus, dass dies vor allem der Bereicherung der regionalen Behörden diene. Die Abgabe dieses Monopols an das föderale Zentrum wird die inoffizielle wirtschaftliche Basis der Gouverneure deutlich schwächen.

Zu den Themen, über die Gouverneure und Zentrum seit langem verhandeln, ohne dass ein Kompromiss erreicht wurde, gehört auch die persönliche Vertretung der Gouverneure im Föderationsrat, ihr Mitwirkungsrecht bei der Vergabe von Lizenzen für die Förderung von Bodenschätzen und die Kontrolle über die Kassenführung der regionalen Haushalten. Hier macht das Zentrum keine Zugeständnisse – diese Zuständigkeiten verbleiben bei den föderalen Behörden.

Es muss angemerkt werden, dass die Abgabe der Zuständigkeiten an die Regionen nur bedingt erfolgt.

Sie ist an die Lösung konkreter strategischer, sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben gekoppelt – wie etwa die Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts oder die Bekämpfung der Armut. Wenn die Gouverneure keine Erfolge vorzuweisen haben, wird das Zentrum entsprechende Maßnahmen einleiten – bis hin zur Entlassung des erfolglosen Gouverneurs.

Die Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen Regionen und Zentrum ist nicht nur die Korrektur einer verfehlten Entwicklung, sondern für den Kreml auch

Vorbereitung für die nächsten Parlamentswahlen. Um die Sympathie der Wähler zu gewinnen, versucht das föderale Zentrum die Verantwortlichkeit für die soziale und wirtschaftliche Lage im Land an die Regionen abzugeben. Das macht es später einfacher, Schuldige zu finden, die unfähig waren, das Bruttoinlandsprodukt zu verdoppeln, und die bei der Bekämpfung der Armut versagt haben.

*Redaktion: Hans-Henning Schröder*

*Lesetipp*

Der Text von Putins Eröffnungsrede auf der Sitzung des Staatsrats – „Wstupitelnoe slowo na sasedanii Gosudarstvennogo Soveta“ vom 2.7.2005 – ist im Internet verfügbar <http://president.kremlin.ru/text/appears/2005/07/90716.shtml>

## Ranking

### Growth Competitiveness Index 2005 und 2004 im Vergleich

Der Global Competitiveness Report wird jährlich vom World Economic Forum herausgegeben. Er will die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaften messen. (Auszug aus der Gesamttabelle)

Land	GCI 2005 Rang	GCI 2005 Punktzahl	GCI 2004 Punktzahl	Veränderungen 2004–2005
Finnland	1	5,94	1	0
U.S.A.	2	5,81	2	0
Schweden	3	5,65	3	0
Dänemark	4	5,65	5	1
Taiwan	5	5,58	4	-1
...				
Japan	12	5,18	9	-3
Großbritannien	13	5,11	11	-2
...				
Deutschland	15	5,10	13	-2
...				
Estland	20	4,95	20	0
Österreich	21	4,95	17	-4
...				
Frankreich	30	4,78	27	-3
...				
Slowenien	32	4,59	33	1
...				
Tschechien	38	4,42	40	2
Ungarn	39	4,38	39	0
...				
Slowakei	41	4,31	43	2

Growth Competitiveness Index 2005 und die Werte von 2004 zum Vergleich (Fortsetzung)

Land	GCI 2005 Rang	GCI 2005 Punktzahl	GCI 2004 Punktzahl	Veränderungen 2004–2005
...				
Litauen	43	4,30	36	-7
Lettland	44	4,29	44	0
...				
Italien	47	4,21	47	0
...				
China	49	4,07	46	-3
Indien	50	4,04	55	5
Polen	51	4,00	60	9
...				
Mexico	55	3,92	48	-7
...				
Bulgarien	58	3,83	59	1
...				
Kasachstan	61	3,77	—	n/a
Kroatien	62	3,74	61	-1
...				
Brazilien	65	3,69	57	-8
Türkei	66	3,68	66	0
Rumänien	67	3,67	63	-4
...				
Aserbaidshjan	69	3,64	—	n/a
...				
Russland	75	3,53	70	-5
...				
Armenien	79	3,44	—	n/a
Serbien und Montenegro	80	3,38	89	9
...				
Ukraine	84	3,30	86	2
...				
Georgien	86	3,25	94	8
...				
Bosnien-Herzegovina	95	3,17	81	-14
...				
Mongolien	96	3,16	—	n/a
...				
Tadschikistan	104	3,01	—	n/a
...				
Kyrgystan	116	2,62	—	n/a
Tschad	117	2,37	104	-13

Quelle: World Economic Forum: Growth Competitiveness Index rankings 2005 and 2004 comparisons

<http://www.weforum.org/site/homepublic.nsf/Content/Growth+Competitiveness+Index+rankings+2005+and+2004+comparison>  
s, 29. September 2005

## UNDP: Human Development Index 2005

Der Human Development Index (HDI) wird jährlich von UNDP herausgegeben. Er bewertet die Leistung in verschiedenen Bereichen auf den Menschen bezogener Entwicklung (u.a. Sozialentwicklung, Gesundheitswesen). (Auszug aus der Gesamttabelle)

HDI Rang		Human development index (HDI)	Lebenserwartung bei Geburt	Erwachsenenalphabetisierung (% der über 15-jährigen)	Einschulungsrate Primär-, Sekundärschulen, Hochschulen (%)	BIP pro Kopf (PPP US\$)
		Wert 2003	2003	2003	2002/03	2003
1	Norwegen	0,963	79,4		101,0%	37.670
2	Island	0,956	80,7		96,0%	31.243
3	Australien	0,955	80,3		116,0%	29.632
...						
10	U.S.A.	0,944	77,4		93,0%	37.562
11	Japan	0,943	82,0		84,0%	27.967
...						
15	Großbritannien	0,939	78,4		123,0%	27.147
16	Frankreich	0,938	79,5		92,0%	27.677
17	Österreich	0,936	79,0		89,0%	30.094
18	Italien	0,934	80,1	98,5%	87,0%	27.119
...						
20	Deutschland	0,930	78,7		89,0%	27.756
...						
31	Tschechien	0,874	75,6		80,0%	16.357
...						
35	Ungarn	0,862	72,7	99,3%	89,0%	14.584
36	Polen	0,858	74,3	99,7%	90,0%	11.379
...						
38	Estland	0,853	71,3	99,8%	92,0%	13.539
39	Litauen	0,852	72,3	99,6%	94,0%	11.702
...						
42	Slowakei	0,849	74,0	99,6%	75,0%	13.494
...						
45	Kroatien	0,841	75,0	98,1%	75,0%	11.080
...						
48	Lettland	0,836	71,6	99,7%	90,0%	10.270
...						
52	Kuba	0,817	77,3	96,9%	80,0%	..
53	Mexiko	0,814	75,1	90,3%	75,0%	9.168
...						
55	Bulgarien	0,808	72,2	98,2%	78,0%	7.731
...						

**UNDP: Human Development Index 2005 (Fortsetzung)**

HDI Rang		Human development index (HDI)	Lebenserwartung bei Geburt	Erwachsenenalphabetisierung (% der über 15jährigen)	Einschulungsrate Primär-, Sekundärschulen, Hochschulen (%)	BIP pro Kopf (PPP US\$)
		Wert 2003	2003	2003	2002/03	2003
62	Russland	0,795	65,3	99,4%	90,0%	9.230
63	Brasilien	0,792	70,5	88,4%	91,0%	7.790
64	Rumänien	0,792	71,3	97,3%	72,0%	7.277
...						
67	Belarus	0,786	68,1	99,6%	88,0%	6.052
68	Bosnien-Herzegovina	0,786	74,2	94,6%	67,0%	5.967
...						
78	Ukraine	0,766	66,1	99,4%	86,0%	5.491
...						
80	Kasachstan	0,761	63,2	99,5%	85,0%	6.671
...						
83	Armenien	0,759	71,5	99,4%	72,0%	3.671
...						
85	China	0,755	71,6	90,9%	69,0%	5.003
...						
94	Türkei	0,750	68,7	88,3%	68,0%	6.772
...						
97	Türkmenistan	0,738	62,4	98,8%	..%	5.938
...						
100	Georgien	0,732	70,5	100,0%	71,0%	2.588
101	Aserbaidshan	0,729	66,9	98,8%	69,0%	3.617
...						
109	Kyrgystan	0,702	66,8	98,7%	82,0%	1.751
...						
111	Usbekistan	0,694	66,5	99,3%	76,0%	1.744
...						
114	Mongolei	0,679	64,0	97,8%	74,0%	1.850
...						
115	Moldowa	0,671	67,7	96,2%	62,0%	1.510
...						
122	Tadshikistan	0,652	63,6	99,5%	76,0%	1.106
...						
127	Indien	0,602	63,3	61,0%	60,0%	2.892

Quelle: Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world  
[http://hdr.undp.org/statistics/data/excel/hdr05\\_indicators.zip](http://hdr.undp.org/statistics/data/excel/hdr05_indicators.zip)

## Chronik

### Vom 22. bis zum 29. September 2005

22./ 23.9.2005	Fünf russische Sicherheitsbeamte suchen Robert Amsterdam, einen kanadischen Anwalt, der Chodorkowskij vertritt, in der Nacht in seinem Hotel auf, ziehen seinen Reisepass ein und entwerten das Visum. Am folgenden Tag verlässt Amsterdam das Land.
23.9.2005	Putin empfängt die Gouverneure der Südlichen Föderalregion und erörtert mit ihnen die Lage in der Region. Der Präsident kritisiert Korruption und Clan-Interessen, die die örtliche Wirtschaft erdrücken.
23.9.2005	Der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Jurij Birjukow beantragt beim Justizministerium, acht der Anwälte Chodorkowskijs die Zulassung zu entziehen. Die Moskauer Rechtsanwaltskammer leitet gegen drei der Anwälte ein Disziplinarverfahren ein.
25.9.2005	Der Vorsitzende des Regionalparlaments des Gebiets Kirow wird in seiner Garage tot aufgefunden. Todesursache ist eine Schussverletzung durch ein Jagdgewehr, das neben ihm liegt.
25.9.2005	Sieben russische Soldaten werden getötet und weitere zehn verletzt, als sie unweit des Dorfes Bugara in einen Hinterhalt geraten.
24.9.2003	Die Union der Rechten Kräfte und Jabloko stellen für die Wahlen zur Moskauer Regionalduma am 4. Dezember 2005 eine gemeinsame Liste auf.
26.9.2005	Die russische Generalstaatsanwaltschaft hebt den Haftbefehl gegen die frühere ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko auf, nachdem diese sich durch russische Ermittler hat befragen lassen.
27.9.2005	Präsident Putin stellt sich 2 Stunden und 55 Minuten vor laufenden Kameras der Bevölkerung. Insgesamt waren über eine Million Fragen telefonisch, per E-Mail oder als SMS bei den Call-Centern eingegangen. Die überwiegende Mehrheit der Fragen befasst sich mit sozialpolitischen Themen.
27.9.2005	Georgij Boos tritt sein Amt als Gouverneur von Kaliningrad an, nachdem sein Vorgänger vorzeitig zurückgetreten ist.
28.9.2005	Das Büro des russischen Unternehmerverbandes nominiert Alexander Schochin als Nachfolger für seinen Vorsitzenden Arkadij Wolskij.
28.9.2005	Der Erdgaskonzern „Gazprom“ erwirbt 72,7% der Anteile des Erdölunternehmens Sibneft für 13,091 Mrd. US\$.
28.9.2005	Der russische Aktienindex RTS übertrifft erstmal die 1.000-Punkt-Marke.
29.9.2005	Putin ernennt ein neues Präsidium des Staatsrates. Ihm gehören nun an: die Gouverneure Nikolaj Dudow (Magadan), Nikolaj Kiseljow (Archangelsk), Wladimir Kulakow (Woronesh), Nikolaj Maksjuta (Wolgograd) und Jurij Nejelow (Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen), sowie die die Präsidenten Leonid Markelow (Mari-El) und Leonid Potapow (Burjatien).

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de